

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Vertriebs- und Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtbeleg: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 14. bis 29. Februar 1928 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mk. Postbezugspreis für Monat Februar 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 30 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamazeile 20 Pfg., außerhalb 25 Pfg., Offertengebühr 30 Pfg., Num. Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
Postfach-Num. 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutscher Genehmigung. „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Besprechungen über das Notprogramm.

Die Wirtschaftspartei sagt prinzipielle Mitarbeit zu. — Gerüchte über eine Große Koalition.

Um die Durchführung des Arbeitsprogramms.

Berlin, 16. Febr. Die Verhandlungen über das Arbeitsprogramm der Reichsregierung wurden heute vormittag bereits fortgesetzt, und zwar empfing Vizkanzler Gergl Vertreter der Wirtschaftspartei, um festzustellen, wie weit diese Oppositionspartei bereit ist, an ihrem Teil den Wunsch des Reichspräsidenten nach Durchführung der noch unerledigten Aufgaben zu erfüllen.

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abg. Drewitz, erklärte die grundsätzliche Bereitschaft seiner Fraktion, an der schleunigen Anarbeitung des dem Reichstage noch vorliegenden dringendsten Arbeitsstoffes mitzuwirken. Die endgültige Zielvereinbarung behält sich die Wirtschaftspartei bis zum Freitag vor, wo das Notprogramm der Regierung den Parteien vorgelegt werden soll.

Weiter leitete Vizkanzler Gergl und Arbeitsminister Brauns dem Reichspräsidenten einen Besuch ab und unterrichtete ihn über den augenblicklichen Stand der Lage.

Vor der Plenarsitzung des Reichstages hielten die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung kurze Sitzungen ab, in denen lediglich die Berichte der Fraktionsführer über die Besprechung mit dem Vizkanzler entgegengenommen wurden, ohne daß Beschlüsse gefaßt worden wären. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten werden nach der Vollerammlung Fraktionsführungen abhalten. Um 6 Uhr nachmittags werden die interfraktionellen Besprechungen wieder aufgenommen werden, und zwar sollen heute die Fragen der Rentenversicherung und der Liquidationsschäden behandelt werden, doch hofft man in parlamentarischen Kreisen, daß das Kabinett bis dahin auch das Arbeitsprogramm wird vorlegen können.

Von wesentlicher Bedeutung ist nach Ansicht unterrichteter Kreise für die Beurteilung dieser ganzen Frage im Augenblick besonders das Problem der Hilfe für die Landwirtschaft, das von deutschnationaler Seite bei den Besprechungen sehr stark in den Vordergrund gestellt wird.

Was nun?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 16. Febr. Das Bild der innerpolitischen Krise, ist heute, soweit sich das nach dem, was man in den Wandergängen des Reichstages hört, kurz beurteilen läßt, gegen gestern bis jetzt nur wenig verändert. Die Kardinalfrage, die es jetzt zu lösen gilt, ist die, ob man sich auf das Notprogramm, das der Reichstag erledigen soll, bevor Neuwahlen erfolgen, wird einigen können oder nicht. Das Reichskabinett wird sich in einer Sitzung, die heute nachmittags 3 Uhr stattfindet, mit dieser Angelegenheit befassen und versuchen, ein in aller Kürze zu erledigendes Arbeitsprogramm festzustellen.

Es scheint so, als ob sich gewisse Schwierigkeiten gegenüber der deutschnationalen Forderung geltend machen, die

für die Landwirtschaft durchzuführende Hilfsaktion an die Spitze des Programms zu stellen. Die Deutschnationalen haben, wie wir schon berichteten, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie für eine Mitarbeit an diesem sogenannten Notprogramm nicht zu haben sein werden, wenn die Unterstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft zurückgestellt würden. Auf der einen Seite sind auch die anderen Parteien dafür, der Landwirtschaft zu helfen, wenn auch, was sich nicht verkennen läßt, gegenwärtig mehr aus agitativen Rücksichten, weil man nicht möchte, daß die Deutschnationalen die Hilfe für die Landwirtschaft zu einer zugkräftigen Parole für den Wahlkampf machen. Man fürchtet, daß die Deutschnationalen hierbei starke Erfolge haben würden, und daß sie gleichzeitig auch weite Kreise der evangelischen Elternschaft wegen des Schulgesetzes auf ihre Seite ziehen könnten, während Zentrum, und vor allem Deutsche Volkspartei, in dieser Hinsicht weit unglücklicher dastünden.

Tatsächlich scheint nun auch das Drängen auf Neuwahlen etwas nachgelassen zu haben. Man ist bei den einzelnen Parteien fest, nachdem sich die Hitze des Kampfes um das Schulgesetz abgekühlt hat, sozusagen erüchert. Ein allzu naher Wahltermin ist auch deshalb unerwünscht, weil man ja Zeit braucht, um die Finanzen der Parteien für den Wahlkampf, der bekanntlich immer sehr respektable Mittel zu verschlingen pflegt, entsprechend aufzufüllen. Man ist in dieser Hinsicht von der Notwendigkeit, eventuell schon in Kürze wählen zu müssen, nicht gerade sehr angenehm berührt. Trotzdem dürfte das Gerücht, das heute im Reichstag zu hören war, daß dieser Reichstag doch bis zu seinem natürlichen Ende zusammenbleiben würde, nicht auf realen Unterlagen beruhen. Nach diesem Gerücht erwäge man, weil doch die Regierung für die Völkerverhandlungen im März eine Mehrheit hinter sich brauche, die behauptet und von manchem wohl erhoffte Große Koalition mit den Sozialdemokraten noch in diesem Reichstag zu bilden. Es sei möglich, daß eine Art

„Locarno-Appeal“ an die Regierungsparteien

erzeuge, also eine Aufforderung, eine Mehrheit aus Gründen außenpolitischer Verständigungsarbeit zu bilden. Man will wissen, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann aus Anlaß der Krise an der ursprünglich vorgesehene Dauer seines Erholungsurlaubes an der Riviera nicht festhalten wolle. Diese Gerüchte sehen also insgesamt sehr unwahrscheinlich aus.

Mißtrauens- und Auflösungsantrag der Kommunisten.

Berlin, 16. Februar. Die kommunistische Reichstagsfraktion, die sich an den Verhandlungen über eine Weiterberatung des Reichstages nicht beteiligte, hat beschlossen, heute im Plenum des Reichstages einen Antrag auf sofortige Auflösung des Reichstages einzureichen. Für den Fall der Ablehnung wurde beschlossen, sofort einen generellen Mißtrauensantrag gegen die gesamte Regierung zu stellen.

für wäre der 21. März. Besteht aber keine begründete Aussicht auf die Durchführung der landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen, dann müssen alle parteifälligen Gesichtspunkte sich dieser sachlichen Notwendigkeit unterordnen. Läßt sich keine Sicherheit dafür schaffen, dann soll sofort zur Neuwahl geschritten werden.“ Das Blatt nennt die Wesfährdung der Hilfsaktion für die Landwirtschaft die schlimmste Folge des Koalitionsbruchs. Der deutsche Bauer müsse wissen, daß der nächste Reichstagswahlkampf für ihn einen Kampf um Leben und Tod bedeuten werde.

Das volksparteiliche Organ, die „Tägliche Rundschau“, befaßt sich mit den gegen die Volkspartei erhobenen Vorwürfen, daß die Deutsche Volkspartei der Schuldige an dem Zerfall der Koalition sei. Das Blatt bezeichnet diese Vorwürfe als unberechtigt. Letzten Endes seien die Verhandlungen an den Gegensätzen der Weltanschauung gescheitert, und es liege für die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nicht die geringste Veranlassung vor, ihre Haltung irgendwie zu bereuen oder zu revidieren. Das Zentrum sei eingeständenermaßen darauf hinausgegangen, mit Hilfe des Reichsschulgesetzes eine reinliche Scheidung herbeizuführen, das heißt, das deutsche Volksschulwesen vollständig nach Konfession und Weltanschauung zu trennen. Die Deutsche Volkspartei habe dagegen ganz im Sinne der Verfassungsbestimmungen Wert gelegt auf den Vorrang der Gemeinschafts- und Simultanschule. Sodann sei auch die Kostenfrage in Betracht gekommen.

Das Organ des Zentrums, die „Germania“, erklärt, daß es der Deutschen Volkspartei trotz angeführtester Versuche nicht gelingen würde, die Schuld an dem Scheitern des Reichsschulgesetzes und die Schuld an Auseinanderfallen der Koalition von sich auf andere Schultern abzuwälzen. Diese Versuche seien nutzlos. Das Zentrum habe nicht ein einziges Mal durch die Verfassung gewährleisteten Rechte überspannt. Es habe lediglich sein gutes Recht verlangt.

Die Denkschrift über die Splitterparteien.

Berlin, 16. Febr. Den Parteien ist die angekündigte amtliche Denkschrift zur Frage des Wahlrechts und der Splitterpartei zugegangen. In dieser Denkschrift ist in Vergleich gesetzt das deutsche Wahlrecht mit dem Wahlrecht in den einzelnen Ländern. Es sind angegeben die für die Einrichtung der örtlichen Wahlvorschläge erforderliche Unterschriftenzahl, sowie die Bestimmungen, die auf eine unterschiedliche Behandlung der Parteien bei Einrichtung der Wahlvorschläge abzielen. Schließlich sind Angaben darüber gemacht worden, ob bei Einrichtung der Wahlvorschläge Geldkonten zu fordern sind, ob amtliche Stimmzettel eingeführt sind und ob und wie die Parteien zu deren Kosten herangezogen werden. Besonders interessant ist in der Denkschrift die Zusammenstellung über

die Unterschriftenzahl für neue Parteien.

Hier sind die Verhältnisse ganz außerordentlich verschieden. Es fordert das Reich 500 Unterschriften und es fordern von den Ländern Preußen 500, Bayern 20, Sachsen 500, Württemberg 10 Unterschriften, Baden 2 Prozent der bei der vorjährigen Landtagswahl im Wahlkreis Stimmberechtigten, Thüringen 2000, Hessen 7000, Hamburg 30, Mecklenburg-Schwerin 3000, Oldenburg 20, Braunschweig 1000, Anhalt 50, Bremen 25, Lippe 30, Lübeck 30, Mecklenburg-Strelitz 150, Waldeck 500, Schaumburg-Lippe 30.

Das Aufkommen der Splitterparteien ist nach den bestehenden Bestimmungen am schwersten in Baden.

Hier mußten nach der letzten Landtagswahl bei 65 562 Stimmberechtigten 1311 Unterschriften für einen neuen Vorschlag aufgebracht werden. Das ergibt ein Verhältnis von 2 Prozent. Wenn man die Zahl der Unterschriften mit der Durchschnittszahl der Stimmberechtigten im Wahlbezirk in Verbindung bringt, macht es alsdann Waldeck den Splitterparteien am schwersten mit einem Prozent.

Die Rettung der Arbeit im Strafrechtsauschuß.

Berlin, 16. Febr. Im Strafrechtsauschuß des Reichstages entspann sich heute eine längere Geschäftsordnungsdebatte über das Schicksal der Strafrechtsreform. Da die Auflösung des Reichstages in greifbare Nähe gerückt erscheint, ist nicht mehr zu hoffen, daß das neue Strafrechtbuch noch in dieser Legislaturperiode erledigt werden kann. Deshalb ist der Gedanke aufgetaucht, daß dieser Reichstag ein Ueberleitungs-gesetz verabschieden soll und die Veranlagung der großen Strafrechtsreform schon jetzt im Auschuß abgebrochen wird. Die Sozialdemokraten standen diesem Vorschlag zunächst skeptisch gegenüber, während bei den anderen Parteien Reizung bestand, diesen Ausweg zu beschreiten.

Es wurde beschlossen, zunächst nur noch eine Sitzung des Auschusses zu veranstalten, und zwar am Mittwoch, dem 29. Februar. In dieser Sitzung sollen alle Rechtsänderungen der bisher behandelten Abschnitte, die dem Unterausschuß überwiesen werden, erledigt werden.

Averescu hofft auf die Ministerpräsidentenschaft.

Bukarest, 15. Februar. In politischen Kreisen wird die Frage aufgeworfen, ob die Stellung der Regierung wegen der letzten Vorgänge im Parlament als erschüttert zu betrachten sei. General Averescu gab dem Vertreter der T.M. ein Interview, in dem er erklärte, daß er in spätestens 14 Tagen wieder Ministerpräsident sein werde. In anderen politischen Kreisen nimmt man an, daß, wenn eine Krise ausbrechen sollte, die Nationale Bauernpartei der entscheidende Faktor sein werde, von dem die weitere Entwicklung abhängen werde.

Es verlautet dazu, daß die Regentenschaft bereit wäre, der Nationalen Bauernpartei die kommende Regierung zu übertragen, wenn die Nationale Bauernpartei ihrerseits bereit wäre, in die neue Regierung einige hochstehende Persönlichkeiten aufzunehmen, die das besondere Vertrauen der Regentenschaft genießen. In diesem Zusammenhang werden die Namen des Fürsten Stirbey und Titulescu genannt. Nicht uninteressant ist, daß gestern der Präsident der Nationalen Bauernpartei, Maniu, von der Königin-Witwe Maria zu Tisch geladen wurde. Der Einladung wird in politischen Kreisen eine gewisse Bedeutung beigemessen.

Sprenzung der Panamerika-Konferenz.

Die argentinische Delegation zurückgetreten.
Buenos Aires, 16. Februar. Wie aus Havanna gemeldet wird, ist der Vorsitzende der argentinischen Delegation, Pueyrredon, zurückgetreten, da er die Panamerikanische Konferenz durch die Unmöglichkeit der Lösung der Interventions- und der Zollfrage als einen Mißerfolg betrachtet. Mit ihm hat die gesamte argentinische Delegation ihre Mandate niedergelegt. Gleichzeitig soll Pueyrredon seiner Regierung die Demission als argentinischer Gesandter in Washington eingereicht haben. Die argentinischen Delegierten sind der getriggen Ausschusssitzung ohne Erklärung ferngeblieben.

Die Berliner Presse zum Auflösungsbeschluss.

Berlin, 16. Febr. Die Berliner Blätter nehmen mehr oder minder ausführlich zu dem Auseinanderfall der Koalition und der weiteren Entwicklung Stellung. In der Oppositionspresse herrscht unversöhlicher Jubel über die Blamage der Regierungsparteien und ihrem Kampf mit Erklärungen und Gegenerklärungen. Weit wichtiger aber als die Frage, wie der Notetat und die anderen Aufgaben geregelt werden sollen, ist für sie natürlich die Frage, wie sich die Zusammenarbeit im nächsten Reichstag gestalten soll. Wohin dabei die Wünsche gehen, verrät das „N. Z.“ mit ungeschminkter Offenheit: „An die Möglichkeit, daß noch einmal ein rechtsblockähnliches Gebilde zustande kommen könnte, glaubt niemand. Alle Rücksichten der äußeren und inneren Politik drängen auf die Regierung der Großen Koalition hin. Die Zentrumspartei wird sich von den Deutschnationalen in keine falsche Frontstellung hineinzerren lassen. Das unfruchtbare Experiment eines Rechtsblocks wird hoffentlich der letzte Versuch dieser Art gewesen sein.“

Diese Hoffnungen auf einen Einschnitt hält dagegen die „Deutsche Zeitung“ für nicht mehr so begründet wie vor einigen Monaten. Für sie ist klar, daß die Krise keine sachliche Grundlage hatte, sondern künstlich zu parteipolitischen und persönlichen Zwecken hervorgerufen worden ist. Ihre Urheber dürften sich allerdings verrechnen. Die innere Zerrissenheit des Zentrums wird eine erhebliche Rolle spielen, und die Volkspartei wird unter dem Bankrott der Außenpolitik zu leiden haben. Im Ergebnis werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Deutschnationalen nicht nur nicht verlieren, sondern sogar gewinnen, und der Traum von der Großen Koalition wird ein Traum bleiben.“

Ueber den Zeitpunkt der Neuwahlen läßt sich bereits die „Deutsche Tageszeitung“ aus: „Bei der Deutschnationalen Volkspartei herrscht eine feste Reizung, sofort zu Neuwahlen zu schreiten. Der einzig mögliche Termin da-